

Planungssicherheit für Sport und Wohlfahrt

Die rot-rot-grüne Koalition hat am 1. Oktober im Landtag mit ihrem Antrag zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes die Weichen für eine solide Finanzierung des Landessportbunds Thüringen e.V. sowie der LIGA der freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V. gestellt. In einer gemeinsamen Pressemitteilung heißt es:

Birgit Pelke, Sprecherin für Sport und Soziales der Thüringer SPD-Fraktion, erklärte: „Der Thüringer Sport und die in der LIGA der freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Sozialverbände tragen maßgeblich zum sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land bei. Sie leisten Großartiges. Das verdient unsere Anerkennung und unsere Unterstützung. Deshalb haben wir heute einen Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes in den Landtag eingebracht, mit dem wir die Arbeit der Verbände auch zukünftig auf einen stabilen finanziellen Sockel stellen wollen.“

Knut Korschewsky, sportpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, in der gemeinsamen Presseerklärung: „Die Verbände brauchen für einen gewachsenen Aufgabenbereich finanzielle Planungssicherheit. Nach dem Gesetzentwurf soll die Mindestbeteiligung für den Landessportbund um 770.000 Euro auf 9,58 Millionen Euro und für die LIGA der freien Wohlfahrtspflege um 430.000 Euro auf 5,35 Millionen Euro angehoben werden. Gleichzeitig soll die zeitliche Begrenzung der Mindestbetragsregelung aufgehoben werden. Der Antrag wird im Haushalts- und Finanzausschuss diskutiert und die betroffenen Verbände angehört. Die Entscheidung dazu wollen wir möglichst noch in diesem Jahr im Einvernehmen mit allen Parteien des Landtages treffen.“

„Mit der Regelung sollen zusätzliche Mittel auch an der Basis bei den Sportlerinnen und Sportlern ankommen. Uns geht es darum, die Spiel- und Sportstätten in ihrem Bestand zu sichern und den Breitensport mit Sport für Kinder und Jugendliche sowie spezielle Angebote in der Flüchtlingsarbeit auszubauen. Wir brauchen immer häufiger niedrigschwellige Angebote, mit denen wir die Spiel-, Sport- und Bewegungsbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in der Breite ansprechen. Mit dem heute vorgelegten Antrag kommt die Koalition diesem Ziel einen großen Schritt näher“, erklärte der

Sportpolitiker Robert Kobelt von der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Sprecher der Koalitionsfraktionen verweisen schließlich darauf, dass von der Erhöhung der Mittel für den LSB auch die allgemeine Verbandsarbeit profitiere, wenn Sportvereine, Stadt- und Kreissportbünde mit mehr finanziellen Mitteln ausgestattet würden. Gleichzeitig eröffnet der Gesetzentwurf die Möglichkeit, tarifliche Anpassungen der hauptamtlich Beschäftigten Trainerinnen und Trainer sowie der Beschäftigten des LSB vorzunehmen. Diese waren seit 10 Jahren eingefroren. ■



Eine fröhliche Runde mit dem Ministerpräsidenten hatte sich für die Sportlerinnen des Harsberger Kegelsportvereins „BLAU-WEISS“ Lauterbach e.V. im Foyer des Landtags nach der Plenarsitzung am 1. Oktober ergeben. Die Keglerinnen, die den 3. Platz in der Deutschen Meisterschaft belegten, waren schnell im angeregten Gespräch mit Bodo Ramelow über die Leidenschaft für den Sport und die Förderung des Vereinssports durch das Land Thüringen. Für's Gruppenfoto zog der MP gern das T-Shirt der Deutschen Meister über, das die Keglerinnen für ihn mitgebracht hatten. Anschließend traf sich die Mannschaft zum sportpolitischen Gespräch mit den beiden LINKE-Landtagsabgeordneten Knut Korschewsky und Frank Kuschel, um über die aktuelle finanzielle Lage von Sportvereinen in Thüringen und die Stärkung des Ehrenamtes zu diskutieren. ■

MdL Rainer Kräuter: Gespräche unverzichtbar

„Polizeigewerkschaften und Innenministerium gehören an einen Tisch. Nur gemeinsam sind die Probleme zu lösen, auf die die Polizeigewerkschaften in Briefen an den Thüringer Minister für Inneres und Kommunales und den Staatssekretär hingewiesen haben“, so Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion die LINKE im Thüringer Landtag.

Vor dem Hintergrund der ständig wachsenden Arbeitsbelastung der polizeilichen Einsatzeinheiten, aber auch der der Kriminalisten, der Ermittlungsbeamten und des Einsatz- und Streifendienstes, auf die die Polizeigewerkschaften hinweisen, müssen Lösungsansätze und Maßnahmen beraten und getroffen werden, forderte der Landtagsabgeordnete. Schnellstmöglich

müsse eine Entscheidung zum Grundsatz „Freizeitausgleich statt bezahlter Mehrarbeit“ getroffen werden. Es dürfe nicht sein, dass geleistete Arbeitsstunden wegen starrer arbeitszeitrechtlicher Regelungen bei gleitender Arbeitszeit zum Jahresende gestrichen werden, betonte Rainer Kräuter.

Es dürfe auch nicht sein, dass polizeiliche Arbeit wegen angeordneten Freizeitausgleichs nicht mehr oder deutlich verzögert geleistet werde. „Unser Augenmerk muss außerdem auf die personelle Stärkung von geschlossenen Einheiten der Thüringer Polizei gerichtet sein“, so der Abgeordnete weiter. „Ich bin solidarisch an der Seite der Polizeigewerkschaften und des Fachverbandes BDK. Thüringer Innenministerium, Polizeigewerkschaften und BDK werden die aufgeworfenen Probleme besprechen und Lösun-

gen finden“, ist Rainer Kräuter überzeugt. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.

Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

Namensangelegenheiten

In der Wissenschaft herrscht gespannte Aufmerksamkeit, denn derzeit werden wieder die Nominierungen für die Nobelpreise bekanntgegeben. Das Gymnasium, das meine Kinder besuchen, ist nach einer Nobelpreisträgerin benannt: Marie Curie. Sie gehört sogar zu den wenigen Wissenschaftlern, die zwei Nobelpreise erhalten haben (1903 den für Physik, gemeinsam mit ihrem Mann Pierre, 1911 dann den für Chemie). Als Namensgeberin für eine Schule ist sie ausdrücklich aller Ehren wert.

Das Gymnasium, das ihren Namen 2003 erhielt, bekennt sich auf seiner Homepage dazu, eine „Schule mit Leistungsanspruch“ zu sein. Das kann ich bestätigen, meine Kinder haben ordentlich zu tun. Das finde ich in Ordnung, später wird es ihnen helfen.

Auf der Homepage des Gymnasiums habe ich noch etwas gefunden: „Wahrscheinlich war unsere berühmteste Schülerin die derzeitige Ministerpräsidentin des Freistaates Thüringen, Christine Lieberknecht.“ Der Einschätzung will ich an sich gar nicht widersprechen, aber Christine Lieberknecht ist nun schon seit zehn Monaten nicht mehr die „derzeitige Ministerpräsidentin“ (da ich meinen Artikel am 5.10. schreibe, sogar seit genau zehn Monaten). Derjenige, der die Homepage pflegt, muss also noch daran arbeiten, um dem „Leistungsanspruch“ gerecht zu werden. Dass ich da etwas pingelig bin, ist übrigens kein Anflug von Neid (gut, vielleicht ein kleines bisschen), denn auch ich habe diese Schule besucht und hier mein Abitur abgelegt. Zu dieser Zeit hieß sie allerdings noch (ebenso wie bei Christine Lieberknecht) EOS Geschwister Scholl. Der Name von christlichen Antifaschisten, die ihren Widerstand gegen Hitler mit dem Leben bezahlten, war nach dem Ende der DDR für eine Schule leider nicht mehr opportun. ■